



## Gesamtbewertung

Da die Klimawirkung bei den einzelnen Fragen unterschiedlich ist, lässt sich aus dem Gesamtscore der Punkte nur bedingt eine Rangfolge hinsichtlich Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen ableiten. Die qualitative Bewertung bezieht sich auf die Gesamtbewertung der jeweiligen Partei.

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++-----	+++++-----
Bewertung	<p>Die ÖVP bekennt sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der erneuerbaren <b>Energie</b>. Windenergie wird mittlerweile befürwortet. Die thermische Sanierung von Bestandsbauten soll vorangetrieben werden, eine Sanierungsrate wird nicht genannt, auch nicht, wo sonst noch Energie eingespart werden könnte.</p> <p>Im Bereich des <b>Verkehrs</b> wird der Ausbau des Radwegnetzes auf 12.000 km befürwortet, die Klimatickets um 365 Euro sollen weiter gefördert werden, die Reduzierung des Motorisierten</p>	<p>Die SPÖ plädiert für Klimaneutralität bereits 2040, den Ausbau von Fotovoltaik sowie Wind- und Wasserkraft laut Masterplan sowie für eine Sanierungsrate bei Gebäuden von 1,5 Prozent im Bereich <b>Energie</b>. Verfahren sollen beschleunigt werden, eine PV-Pflicht für öffentliche Gebäude eingeführt und die UV-Prüfung bereits vor der Widmung erfolgen. Weitere Energiesparmaßnahmen werden nicht genannt.</p> <p>Im Bereich <b>Verkehr</b> gibt es ein Bekenntnis zum Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV. Beim Budgetbedarf wird auf die Expertise des Landes vertraut. Vorgeschlagen werden 9-Euro-Monats und 108 Euro-Jahrestickets, was einer weiteren starken Vergünstigung entspräche. Der S-Link ist für die SPÖ</p>	<p>Die GRÜNEN sind für Klimaneutralität 2040, sie nennen mit 50.000 Fotovoltaikanlagen und 50 Windrädern konkrete Ausbauziele für Erneuerbare <b>Energien</b> und die vorgeschlagene Sanierungsrate von jährlich 5 Prozent ist ambitioniert. Weitere Energiesparmaßnahmen werden auch hier nicht genannt.</p> <p>Im Bereich <b>Verkehr</b> wird der Ausbau der Radinfrastruktur inklusive Förderung von Gemeinden, der Ausbau des ÖV inklusive S-Link befürwortet. Hinsichtlich Reduzierung des MIV wird auf eine Raumordnung der kurzen Wege und auf Nahversorgung verwiesen. Die bestehenden Klimatickets werden als ausreichend angesehen. Das laut Masterplan geplante Jahresbudget für ÖV und Radverkehr soll gemäß</p>	<p>DIE NEOS bekennen sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der Erneuerbaren <b>Energie</b> sowie der Wärmewende. Auf Bewusstseinsbildung für mehr Energiesparen wird gewiesen.</p> <p>Im Bereich <b>Verkehr</b> wird der Ausbau der Radinfrastruktur sowie eines attraktiven ÖV befürwortet. Zu den Ticketpreisen gibt es keine Angaben. Der S-Link wird befürwortet. Die Förderung der E-Mobilität muss treffsicher sein, der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird befürwortet. Das Jahresbudget für ÖV und</p>	<p>Die FPÖ ist zwar für den Ausbau der Erneuerbaren <b>Energie</b>, hält ein Ziel für Klimaneutralität aber nicht für notwendig. Windenergie wird für Salzburg abgelehnt. Zahlen für den Ausbau der Erneuerbaren sowie zum Energiesparen gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich <b>Verkehr</b> wird der Ausbau der Radwege am Land befürwortet, eine Förderung der ÖV-Tickets durch das Land wird ebenso abgelehnt wie der Ausbau der E-Mobilität. ES soll bessere ÖV-Angebote und Mitnahmemöglichkeiten von Rädern und E-Scootern geben.</p>	<p>Die KPÖ+ schlägt Klimaneutralität bis 2045 mit Zwischentritten alle 5 Jahre vor – bisher 10 Jahre. Im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren <b>Energie</b> wird besonders auf neue Organisationsformen wie Energiegenossenschaften hingewiesen, bei Energieeinsparung auch auf das Potenzial im Verkehrsbereich. Weitere Vorschläge gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich <b>Verkehr</b> wird der Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV befürwortet und ein Citybike-System für die Stadt gefordert. Der S-Link wird befürwortet gekoppelt mit oberirdischen Maßnahmen. Am weitesten geht der Vorschlag eines Nulltarifs für in Salzburg Wohnende, das Budget soll deutlich</p>



<p>Individualverkehrs durch bessere ÖV-Angebote erreicht werden. Gesetz wird auch auf den S-Link und ein höheres Budget für ÖV und Radinfrastruktur. Der Individualverkehr soll Verbesserungen bei der „letzten Meile“ begrenzt werden. Es geht um eine Verkehrswende, keine umfassende Mobilitätswende. E-Mobilität soll weiter gefördert werden.</p> <p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird auf den Baustoffholz, die bereits bestehenden hohen Standards sowie die neuen Vorgaben durch EU-Richtlinien und das Erneuerbare Wärme Gesetz verwiesen. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> des Landes wird auf bisherige Erfolge verwiesen, der Ausbau der Personalkapazität nur bei neuen Aufgaben empfohlen, ein Klimarat nicht explizit befürwortet. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Parkgaragengesellschaft hinsichtlich neuer Mittelnutzungen werde derzeit</p>	<p>nicht prioritär, vorgeschlagen werden oberirdische Maßnahmen wie die Stieglbahn. Jedenfalls soll es eine Bürgerbefragung geben. Die E-Mobilitätsförderung wird als Förderung der Reichen kritisch gesehen, zudem würden E-Autos immer günstiger.</p> <p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird erneut auf thermische Sanierungen und Erneuerbare Energieanlagen verwiesen, die eine Handwerkeroffensive nach dem Vorbild der Aktion 20.000 der Bundes-SPÖ erfordere. Eine soziale Abfederung wird ebenfalls gefordert. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> werden Potenzialhebungen aller Unternehmen mit Landesbeteiligung sowie die Förderung des ÖV aus Erträgen der Parkgaragengesellschaft gefordert. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten des Landes im Bereich Klima wird befürwortet.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> wird die Begrünung von Städten, die Erprobung von Fernkälte, die Anpassung des Wintertourismus sowie der Rückbau von</p>	<p>Inflationsanpassung ausgeweitet werden. E-Mobilität soll vom Bund weiter gefördert werden, der Ausbau der Ladeinfrastruktur auch vom Land.</p> <p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird auf die Ziele des Erneuerbare Wärme-Gesetzes des Bundes mit Öl- und Gaskesseltausch bis 2040 verwiesen. Befürwortet werden soziale Abfederungen sowie die Notwendigkeiten einer Qualifizierungsoffensive. Thermische Sanierungen sollen mit dem Tausch alter Heizanlagen verbunden werden. Die Raumordnung wird bei Verkehr erwähnt.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> werden ein Klimacheck für alle Vorhaben des Landes, ein Klimabericht sowie verbindliche Klimaschutzprogramme für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Erträge der Parkgaragengesellschaft sollen für den ÖV und für Verkehrsberuhigung eingesetzt werden. Ein Klimarat wird befürwortet.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> fordern die Grünen eine Anpassung der Katastrophenpläne, eine</p>	<p>Radinfrastruktur von 170 Mio. Euro wird als angemessen bezeichnet.</p> <p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird auf die Erfolge der letzten Legislaturperiode verwiesen. Fotovoltaik setze sich durch, weil diese ökonomisch immer attraktiver werde. Betont wird eine Qualifizierungsoffensive, der Aufbau einer Wohndatenbank sowie die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten zwischen Energie- und Wohnbauförderung.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> werden transparente Treibhausgasbudgets für alle Ressorts sowie ein Klimarat befürwortet. Klimaschutz soll Teilziel bei der Ausschüttung von Gewinnen der Parkgaragengesellschaft sein. Statt einer Erhöhung der Personalkapazitäten im Bereich Klima werden bessere Qualifizierungen vorgeschlagen.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> gibt es allgemeine Bekenntnisse. Die 2019 erfolgte Erhöhung der Mittel für</p>	<p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird auf das Potenzial von Holz verwiesen, das auch bei Sanierungen eingesetzt werden soll. Fristen für den Austausch von Öl- und Gaskesseln werden abgelehnt.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> wird auf bisher Erreichtes, bei Fernwärme auf Industrieabwärme verwiesen. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten für den Klimabereich wird ebenso abgelehnt wie ein Klimarat. Mittel der Parkgaragengesellschaft sollen für die Förderung des ÖV verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> wird eine Anpassung der Waldbewirtschaftung vorgeschlagen. Es gibt aber ein klares Nein zur Europäischen Biodiversitätskonvention und zum Green Deal. Vorgeschlagen wird das Prinzip „Schutz durch Nutzung“.</p>	<p>ausgeweitet werden, E-Mobilität wird begrenzt befürwortet.</p> <p>Im Bereich <b>Wohnen</b> wird v.a. auf leistbaren Wohnraum gedrängt, was der Zersiedelung entgegenwirken würde. Die zweckentfremdeten Wohnbaumittel sollen für thermische Sanierungen eingesetzt, Maßnahmen sozial abgeduldet werden. Verwiesen wird auch auf Mobilitätseffizienz bei der WB-Förderung.</p> <p>Bei den <b>landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen</b> werden Anreize für klimaschonende Mobilität für MitarbeiterInnen, eine Erhöhung der Personalkapazitäten sowie verbindliche Maßnahmen für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Ein Klimarat wird befürwortet. Gewinne der Parkgaragengesellschaft sollen für den Wohn-, Energie- und Verkehrsbereich verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> gibt es Vorschläge für mehr heimischen Tourismus, die Anpassung der Architektur &amp; Stadtplanung an die Erwärmung der Städte, die</p>	
---	--	---	---	--	---	--



<p>geprüft. Die Fernwärme soll laut Plan der Salzburg AG ausgeweitet werden.</p> <p>Hinsichtlich <b>Klimawandelanpassung und Biodiversität</b> wird die Fortführung bestehender bewährter Maßnahmen befürwortet. Ein Klimaschwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit wird gutbefunden, die Mittel sollen wie bisher fließen.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende <b>THG-Einsparlücke</b> soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebenen erfolgen.</p> <p><b>Klimaschutz als Koalitionsbedingung</b> wird vorsichtig befürwortet.</p> <p><b>Resümee: Die Antworten stehen für "weiter wie bisher" mit einigen kosmetischen Korrekturen; so wird die erforderliche Systemtransformation nicht gelingen.</b></p>	<p>Monokulturen durch geändertes Förderregime vorgeschlagen. Zudem sollen die Biotop-Kartierungen für Tier-Lebensräume ausgeweitet werden. Der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen verdoppelt werden.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende <b>THG-Einsparlücke</b> soll durch Maßnahmen im Bereich Verkehr und Industrie erfolgen.</p> <p><b>Klimaschutz als Koalitionsbedingung</b> wird vorsichtig befürwortet.</p> <p><b>Resümee: In den Ansagen - Klimaneutralität bis 2040, ÖV-Ausbau, Biotopkartierung, Verdoppelung des Budgets der Entwicklungszusammenarbeit - teils recht fortschrittlich, aber wenig konkrete Aussagen; keine Ansätze Richtung Systemtransformation. Betonung des sozialen Ausgleichs.</b></p>	<p>Begrünung der Städte, die Anpassung der Wälder und der Landwirtschaft, Managementpläne für Natura-2000-Gebiete, Revitalisierung Wälder, Moore, Auen sowie mehr Bewusstseinsbildung. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen auf 0,7 Prozent des BIP erhöht werden, was knapp einer Verdoppelung entspricht.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende <b>THG-Einsparlücke</b> soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebenen erfolgen.</p> <p><b>Klimaschutz als Koalitionsbedingung</b> ist für die Grünen klar.</p> <p><b>Resümee: Die Ideen gehen in die richtige Richtung, die Vorschläge ist allerdings nicht geeignet, die Klimaziele zu erreichen. Die Antworten deuten eher auf „much more of the same“ und nicht in die Richtung der erforderlichen Transformationschritte auf allen Ebenen.</b></p>	<p>Entwicklungszusammenarbeit wird für ausreichend befunden, ein Klimafokus für sinnvoll erachtet.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende <b>THG-Einsparlücke</b> soll durch Maßnahmen in allen Bereichen erfolgen. Erwähnt wird nochmals die Qualifizierungsoffensive.</p> <p><b>Klimaschutz als Koalitionsbedingung</b> wird vorsichtig befürwortet.</p> <p><b>Resümee: Die Antworten legen ein "weiter wie bisher" nahe; keine fortschrittlichen inhaltlichen Ansagen, keine Vision, wie der Klimakatastrophe begegnet werden soll, rechtliche Vorgaben werden nicht forciert, es sei Eigeninitiative der Bürger*innen gefragt. In jede Richtung koalitionskompatibel.</b></p>	<p>Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe vor Ort wird befürwortet, nicht ein Klimafokus.</p> <p>Für das Schließen der <b>THG-Einsparlücke</b> wird keine Notwendigkeit gesehen.</p> <p>Klimaschutz ist keine <b>Koalitionsbedingung</b>.</p> <p><b>Resümee: Hart am Rande der Leugnung des Klimawandels, jedenfalls keine Priorität für Klimaschutz, Energie-wende, Klimawandelanpassung und Biodiversitätsschutz. Der Weg der FPÖ hieße tatsächlich Abbiegen in Richtung Klimakatastrophe. Nur die Tatsache, dass der Einfluss der Landespolitik auf die Treibhausgasemissionen beschränkt ist, verhindert eine noch schlechtere Bewertung.</b></p>	<p>Schaffung/Vernetzung von Schutzgebieten, Mooren &amp; Auen. Biodiversität &amp; Raumordnung sollen verbunden werden, um dem Flächenfraß entgegenzuwirken. Die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wird befürwortet.</p> <p>Für das Schließen der <b>THG-Einsparlücke</b> wird nochmals auf die Nutzung von leerstehenden Wohnungen verwiesen, weil dies durch weniger Neubau THG spare.</p> <p><b>Klimaschutz als Koalitionsbedingung</b> ist für die KPÖ+ klar.</p> <p><b>Resümee: Gute Ansätze, zum Teil aber nicht ausgereifte Antworten und Lösungsansätze. Das Erfordernis der Systemtransformation wird teilweise angesprochen, aber nicht näher argumentiert.</b></p>
---	--	--	---	---	--